

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 18.03.2010 um 18.05 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

- Fortsetzung der Stadtratssitzung vom 16.03.2010 -

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Günther

Stadtrat May

Stadtrat E. Müller

Stadtrat M. Müller

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser (bis 20.00 Uhr, Ziffer 1 C)

Stadtrat Rank

Stadträtin Schwab

Stadtrat Stiller

Stadträtin Stocker

Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul

Stadtrat Heisel

Stadträtin Glos

Stadträtin Kahnt

Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag (bis 19.33 Uhr, Ziffer 1 B c)

Bürgermeisterin Regan bis 19.07 Uhr, 1 A a)

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof

Stadtrat Steinruck

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn (ab 18.15 Uhr, Ziffer 1 A a)

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Ortssprecher

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger

Oberamtsrat Hartner

Bauamtsleiter Janner

Stadtplaner Neumann

Frau Heger

Frau Hafner

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Lorenz
Stadtrat Pauluhn
Frau Schlötter
Herr Pfreizinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Beratung des Investitionsprogramm 2010 mit Finanzplanung 2009 – 2013

A. Einzelplan 7

a) 7911.9590 – Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr – Ausstellungen, Messen, BID, Fortsetzung ISEK, Möblierung Innenstadt

Die SPD und die CSU beantragen, die Ansätze nicht für Gutachten, Messen, Ausstellungen, Symposien usw. auszugeben, sondern diese den Kitzinger Einzelhändlern als Zuwendung in Form der direkten Wirtschaftsförderung zukommen zu lassen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Diskussion am 16.03.2010 sowie auf die vorgelegte Liste, welche Konzepte und Gutachten in 2010 und 2011 mit den Ansätzen von insgesamt 150.000,00 € beauftragt werden sollen.

Stadtplaner Neumann geht im Folgenden auf die einzelnen Posten ein.

Stadtrat Weiglein stellt fest, dass der Antrag der CSU und der SPD auf Förderung von Maßnahmen der Einzelhändler zur Attraktivitätssteigerung und der Antrag der UsW auf Schaffung von Anreizen zur Ansiedlung, um gegen die Leerstände entgegenzuwirken im Grunde nicht weit auseinandergehen. Seiner Auffassung nach sei die Vereinigung beider Anträge der ideale Weg, was Stadtrat Schmidt ebenfalls so sieht.

Oberrechtsrätin Schmöger weist darauf hin, dass die beantragte Förderung nur über ein Förderprogramm mit genauer Reglementierung, in welchem Fall eine Zuwendung der Stadt erfolgen kann, umgesetzt werden könnte.

Stadtrat Rank ist der Auffassung, neben den Mitteln für die Gutachten in Höhe von 150.000,00 € weitere 100.000,00 € für das Förderprogramm einzustellen.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer gibt zu Bedenken, dass die Mittel für die Gutachten nach der Stellungnahme der Stadtplanung benötigt werden und insoweit keine Verschiebung vorgenommen werden könne. Für weitere Mittel sei im Haushalt 2010 kein Spielraum.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Antrag und die Förderung der Geschäftsleute, was von manchen Stadträten kritisch gesehen werde. Im Grunde kommen die Stadträte überein, die Innenstadt aufzuwerten, jedoch müsse seitens der Verwaltung festgelegt werden, was darunter zu verstehen ist. Darüber hinaus verweist Stadtrat Schmidt auf den Antrag der UsW, die bestehenden Konzepte zusammenzufassen, um sich somit den Einen oder Anderen Posten bei der Beauftragung einsparen zu können.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dass die Verwaltung Vorschläge zur Förderung nach den Anträge der CSU bzw. SPD sowie UsW unterbreiten werde, worüber in einer Finanzausschuss- bzw. Stadtratssitzung diskutiert und Beschlussgefasst werden könne. Etwaige Mittel könnten dann in den Haushalt 2011 eingestellt werden. Hinsichtlich der Zusammenfassung von Gutachten verweist Oberbürgermeister Müller auf den Arbeitsaufwand, sagt jedoch zu, wo möglich die Gutachten zusammenzufassen.

Ohne Abstimmung

Dies wird zur Kenntnis genommen. Mit dem Vorgehen besteht Einverständnis. Die Mittel bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 7 bleiben unverändert.

B. Einzelplan 8

a) UA 8260 Flugplatz Kitzingen – Anfrage von 2. Bürgermeister Christof

2. Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass aufgrund des Genehmigungsverfahrens in 2010 am Flugplatz Kitzingen keine baulichen Maßnahmen begonnen werden können und deshalb die eingestellten Mittel gestrichen bzw. verschoben werden können.

In folgender Diskussion wird die Auffassung vertreten, dass aus Gründen der Haushaltsklarheit die Mittel in Höhe von 300.000,00 € für das Jahr 2010 teilweise verschoben werden könnten.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass trotz der Unabwägbarkeiten des Genehmigungsverfahrens aus Gründen der Handlungsfähigkeit die Mittel nicht gekürzt werden sollten.

Ohne Abstimmung

Hiermit besteht Einverständnis. Eine Änderung bzw. Verschiebung der Ansätze erfolgt nicht.

b) 8800.3400 – Veräußerung von unbebauten Grundstücken

Die FW beantragt im Bereich von Bibergau ungenutzte landwirtschaftliche Flächen zu veräußern.

Stadtrat Haag ergänzt, dass man mindestens den gleichen Preis erzielen könnte, den man beim Kauf bezahlt hatte.

Mit 25 : 3 Stimmen

Es besteht Einverständnis, im Bereich von Bibergau ungenutzte landwirtschaftliche Flächen unter der Maßgabe zu veräußern, dass mindestens der gleiche Preis Erlöst wird, den man beim Kauf bezahlt hat.

c) 8800.3400 – Veräußerung von unbebauten Grundstücken

Die CSU beantragt die Veräußerung von unbebauten Grundstücken in allen Baugebieten ohne Bauzwang. Bei einem möglichen Weiterkauf an Dritte sollte der Stadt ein Vorkaufsrecht zugesichert werden.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Beschlusslage des Stadtrates, wonach die Bebauungspflicht auf zehn Jahre verlängert wurde und dies keine Verbesserung in der Vermarktung der Grundstücke brachte. Seiner Auffassung nach sollte man die Bebauungspflicht aufheben.

Nach längerer Diskussion zu Für (z. B. Einnahmequelle) und Wider (Spekulantenkäufe, weiteres Bauland nötig) weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass die Verwaltung hierzu einen entsprechenden Beschlussentwurf liefern werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Hiermit besteht Einverständnis. Die Ansätze werden nicht geändert.

d) 8801.9410 – Abbruch und Sicherung Marktstraße 27

Die UsW möchte wissen, wie sich der Ansatz in Höhe von 180.000,00 € zusammensetzt und möchte eine mögliche Dienstpflichtverletzung im Zusammenhang mit dem Abbruch der Marktstraße 27 geprüft wissen.

Pro KT beantragt den Verkauf der Grundstücke an einen privaten Investor, damit dieser den Abbruch und den Neubau vornehmen kann.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach für den Abriss und Sicherung 180.000,00 € eingestellt seien. Hinsichtlich einer möglichen Dienstpflichtverletzung verweist er auf die nichtöffentliche Information in der Stadtratssitzung am 23.03.2010.

Bauamtsleiter Janner ergänzt, dass zwischenzeitlich die Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege vorliegt, die dem Abriss im Grunde zustimmen können, jedoch, wenn möglich, der Erhalt der Keller gefordert wird. Darüber hinaus wird die Wiederbebauung des Areals erwünscht.

Stadtrat Schmidt fragt nach, welche Aufwendungen die Stadt bislang mit der Maßnahme hatte, worauf Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer diese Kosten auf rd. 315.000,00 € (175.000,00 € für den Kauf, 140.000,00 € für den Abbruch) beziffert.

Stadtrat Böhm verweist auf seinen Antrag, das Areal zu verkaufen und stellt dar, dass der Ansatz für den Abriss gestrichen werden könnte.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass selbst bei einem Verkauf an einen Investor evtl. die Stadt den Abriss vornehmen müsse und deshalb die Mittel eingestellt bleiben sollten.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Mittel bleiben unverändert.

Die übrigen Ansätze im Einzelplan 8 bleiben unverändert.

C. Anfrage von Stadträtin Schmidt

Haushaltsansätze für die Umsiedlung Bürgerzentrum und Stadtjugendpflege

Stadträtin Schmidt verweist auf den Beschluss auf Umsiedlung der Bürgerzentrums und der Stadtjugendpflege, der im Zusammenhang mit der Errichtung des Hotels am Main gefasst wurde und fragt nach, wo die hierfür notwendigen Mittel eingestellt werden.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass weder für den Verkauf des Gebäudes noch für den Kauf eines Ersatzanwesens keine Mittel eingestellt seien, da noch nicht bekannt ist, in welcher Höhe die Einnahmen und Ausgaben ausfallen.

2. Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass aufgrund der Beschlussfassung in den Haushalt 2010 1,0 Mio. € abzüglich der Verkaufserlöse eingestellt werden müssten, um den Betroffenen eine Umsetzung des Beschlusses zu signalisieren.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Verwaltung nach Ausweichquartieren suchen werde, jedoch kenne man die Dimensionen noch nicht.

Stadtrat Pauluhn möchte wissen, wie das Vorhaben im Falle einer schnellen Planung finanziert werden könne.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer erklärt, dass hierfür eine Möglichkeit denkbar wäre, die er jedoch in nichtöffentlicher Sitzung erläutern müsse (z. B. Finanzierung aus außenplanmäßiger Darlehensrückzahlung der Bau GmbH oder Verbesserung Gewerbesteueraufkommen).

Dies wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Mittel eingestellt.

D. Allgemeine Anfragen der FW-Stadtratsfraktion:

a) Prioritätenliste Straßenbau

Die FW erbittet eine aktuelle Auflistung von sanierungsbedürftigen städt. Straßen. Darüber hinaus wird nachgefragt, ob entsprechende Mittel für die Schäden durch den harten Winter eingestellt wurden.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme des Stadtbauamtes, wonach eine Aktualisierung der Prioritätenliste zum Straßenunterhalt vorgenommen werde.

Darüber hinaus werden die Winterschäden im Rahmen des Unterhaltes abgewickelt. Hierfür stehe im Verwaltungshaushalt ein hoher Betrag zur Verfügung. Dies wird zur Kenntnis genommen.

b) Vermarktung der bestehenden Baugebiete

Die FW bittet, die Werbung zu forcieren und möchte wissen, wie die Nachfrage ist und welche Gründe für etwaige Absagen vorliegen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die ausführliche Stellungnahme des Stadtbauamtes.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

c) Prioritätenliste Kanalbau

Die FW erbittet die Vorlage einer aktuellen Prioritätenliste zu den anstehenden Kanalbaumaßnahmen (u. a. Sanierungen).

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme, wonach die Fortschreibung der Prioritätenliste nach und nach erfolgen werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

d) Städtische Gebäude (Vermarktung, Vermietung)

Die FW ist der Auffassung, leerstehende Anwesen, die für den städtischen Bedarf nicht nutzbar sind, intensiv zu vermarkten.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, wonach die städtischen Wohngebäude durch die BauGmbH intensiv vermietet und die weite-

ren Gebäude durch die Liegenschaftsverwaltung bzw. durch die Stadtplanung angeboten werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen. Frau Wallrapp bittet hierüber außerhalb des Haushaltes nochmals zu diskutieren.

e) Beitreiben von Außenständen (Beiträge)

Die FW möchte wissen, ob Erschließungskostenbeiträge offen sind, die die Stadt zinslos stundet.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme. Detailaussagen können lediglich in nichtöffentlicher Sitzung gegeben werden.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

f) Kitzinger Bau GmbH

Die FW erbittet ein Konzept zur Veräußerung von Gebäuden und leerstehenden Wohnungen. Darüber hinaus wird der Sachstand in der Sanierung der Egerländer Straße nachgefragt.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Stellungnahme, wonach das Konzept zur Veräußerung zuerst im Aufsichtsrat der Bau GmbH zu diskutieren und zu beschließen wäre. Hinsichtlich der Egerländer Straße wird der Zuschussantrag aus dem Programm Soziale Stadt erarbeitet, falls die Sache im Arbeitskreis mit entsprechender Priorität versehen wird.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.00 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer